



„Von der Wirtschaft in Baden-Württemberg lernen, heißt siegen lernen“:
Der Rheinländer Wolfgang Bosbach zeigt im Geno-Graph-Gespräch
deutliche Sympathien für den Südwesten.

© Fotos: Thomas Hagenbucher

„Alle Befürchtungen haben sich leider bestätigt“

Wolfgang Bosbach, der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, gastiert als Hauptredner beim BWGV-Verbandstag am 11. April in Rust. Die Geno-Graph-Redaktion hat sich vorab mit dem CDU-Politiker unterhalten – über die Euro-Rettung, Genossenschaften, den Standort Deutschland, Duschköpfe und den besonderen Reiz von Hochregallagern.

Herr Bosbach, Ende der 60er-Jahre haben Sie als junger Mann eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann bei der Konsumgenossenschaft Köln eG absolviert. Wie kam es dazu?

Ich bin mit der Genossenschaftsidee groß geworden, denn schon mein Vater hat sein Leben lang bei der Konsumgenossenschaft Köln gearbeitet. Er hat, genau wie ich, mit einer Lehre als Einzelhandelskaufmann begonnen, ist später Ausbildungsleiter und zum Schluss Personalchef des Unternehmens gewesen. Die Arbeit war daher bei uns zu Hause ein ständiges Thema, so dass ich in das Genossenschaftswesen schon früh hineingewachsen bin.

Wie stehen Sie heute nach der Finanzkrise zur Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft?

Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Genossenschaften ihre besondere Bedeutung unterstrichen. Viele Jahre lang war es nicht schick, Mitglied einer Genossenschaft zu sein. Das war nicht modern – aber solide. Und so sind auch viele Menschen aufgrund der Krise wieder zurückgekehrt, die zuvor ihre Konten abgezogen hatten. Durch die Krise hat man sich wieder an die gute alte Tugend erinnert: „Sicherheit zuerst“. Mittlerweile gewinnt die Rendite wieder mehr an Bedeutung. Aber das wirklich Interessante ist, dass die genossenschaftliche Idee

auf den Prinzipien Solidarität, Subsidiarität, und auch Nachhaltigkeit basiert. Das heißt, was heute in der politischen Sprache so modern ist, gilt im Genossenschaftswesen schon seit Generationen.

Sind Sie selbst eigentlich auch Mitglied einer Genossenschaft?

Ja, klar. Ich habe am 1. August 1968 meine Lehre bei der Konsumgenossenschaft Köln eG begonnen. Neben dem Geschäft, in dem ich gearbeitet habe, befand sich die Filiale einer Genossenschaftsbank. Heute übrigens auch noch. Da habe ich nicht nur mein Konto eröffnet, das ich immer noch bei dieser Bank habe, sondern ich bin auch Genossenschafter geworden und bekomme seitdem auf meinen kleinen Anteil eine erstaunlich hohe Rendite.

Herr Bosbach, Stichwort Eurokrise. Sie galten bisher nicht gerade als Freund der Rettungspolitik. Hat sich daran etwas geändert? Wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein?

Ich bin ein großer Freund einer wirklich sinnvollen Euro-Rettungspolitik. Ich bin nur nicht davon überzeugt, dass die zuletzt ergriffenen Maßnahmen tatsächlich das gewünschte Ergebnis bringen. Ich habe sowohl dem ersten Hilfspaket für Griechenland zugestimmt als auch der Einführung des vorläufigen Rettungsschirms ESFS. Ich habe allerdings gleichzeitig in der Fraktion erklärt, dass ich unter keinen Umständen weitergehen werde, weil ich sonst befürchte, dass wir permanent die Risiken zu Lasten der jüngeren Generation erhöhen. Dass wir dann vor der permanenten Ausweitung der Rettungsschirme stehen oder gar einen dauerhaften Rettungsschirm etablieren müssen. Und das würde die junge Generation mit Risiken überziehen, die meiner Ansicht nach unverantwortbar sind. Damals gab es für diese Haltung noch großes Verständnis. Das hat sich in der Zwischenzeit aber erledigt. Alle Befürchtungen, die ich schon damals hatte, haben sich mittlerweile leider bestätigt. Wir sind längst mit Riesenschritten auf dem Weg von der Währungsunion über die Haftungsunion zu einer Transferunion. Es wäre ein mittelgroßes Wunder, wenn die bisher getroffenen Maßnahmen ausreichend wären, um die Situation in der gesamten Euro-Zone dauerhaft zu stabilisieren.

Warum?

Aus zwei Gründen. Erstens wird die Lage auf den Arbeitsmärkten und die sozialpolitische Situation in Griechenland, Spanien aber auch in Italien immer prekärer. Eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent ist eine sozialpolitische Katastrophe. Und zum anderen haben die Problemstaaten mangels eigener Währung nicht mehr die Möglichkeit, sich durch Abwertung einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Ich fürchte, dass die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn sich nichts Grundlegendes ändert, auf Dauer nur gemeistert werden können, indem wir konsequent den Weg in die Transferunion weitergehen. Die Europäische Union war von Anfang an als Transferunion konzipiert. Wir wollten aber nie, dass die Eurozone eine zweite, parallele Transferunion wird. Und zwar aus gutem Grunde. Über die Transferunion Europäische Union wird in einem demokratischen Prozess im Ministerrat und im Europäischen Parlament entschieden. In der Transferunion Eurozone ist dies nicht der Fall.

Gibt es eine Alternative zur Transferunion?

Ja. Die Beachtung der Stabilitätskriterien von Maastricht und die Beachtung der No-bail-out-Klausel.

Kann man die Währungsunion nicht anders konstruieren?

Ich halte die Idee und die Konstruktion des Euro nach wie vor für richtig. Ich halte auch den Stabilitätspakt für richtig. Dem habe ich ja auch im Deutschen Bundestag zugestimmt. Der Fehler liegt nicht in der Konstruktion des Euro, sondern darin, dass man sich nicht an die Konstruktion gehalten hat. Man hat sich ja Stabilitätskriterien gesetzt, weil man genau wusste, wie groß die Gefahr einer Transferunion ist. Aber als man versucht hat, die Regeln des Marktes außer Kraft zu setzen, begannen die Probleme. Wenn das Haus wackelig geworden ist, dann nicht weil die Statik wackelig ist, sondern weil man hinterher aus politischen Gründen den Bau nicht gemäß der Statik errichtet hat.

Im Moment ist es ja relativ ruhig an den Finanzmärkten.

Ist das eine trügerische Ruhe? Oder haben wir in der Schuldenkrise das Schlimmste hinter uns?

Ob wir das Schlimmste schon hinter uns haben, weiß ich nicht. Das wird die Zukunft zeigen. Die bisher getroffenen Maßnahmen haben Wirkung, aber zum Teil auch sehr unangenehme Nebenwirkungen. Auch die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, notfalls in unbegrenzter Höhe Staatsanleihen aufzukaufen, zeigt natürlich Wirkung. Das hat die Finanzmärkte beeindruckt. Aber gleichzeitig ist es natürlich so, dass die Haben-Zinsen nicht steigen, sondern sinken, wenn wir die Banken mit billigem Geld überschwemmen, was den Sparern die Tränen in die Augen treibt.

Wie hat sich die Eurokrise auf das deutsche Ansehen in Europa ausgewirkt?

Es ist schon interessant zu beobachten, dass das Land, das die höchsten Haftungsrisiken für andere Staaten trägt, in den Krisenländern ganz besonders in der Kritik steht. Darüber darf man sich wiederum nicht wundern, denn die Hilfen wurden ja Zug um Zug gegen strikte Auflagen gewährt – und diese Auflagen sind unpopulär. Das wird dann mit Kritik an Deutschland quittiert, anstatt dass man zugibt, jahrelang über seinen Verhältnissen gelebt zu haben.

Wird von unserer Seite zu wenig erklärt?

Nein, die Krise wird natürlich in populistischer Weise ausgeschlachtet. Wir haben von Deutschland aus kaum Möglichkeiten, die innenpolitische Situation in Griechenland oder in Spanien zu befrieden. Dort gehen Parteien an den Start, die der Bevölkerung einreden wollen, die drastischen Sparmaßnahmen sind die Folge eines Berliner Diktats – leider oft mit Erfolg. In Deutschland ist man gegen diese billige Polemik relativ machtlos.

Sind die Menschen in den südeuropäischen Ländern undankbar?

Dankbarkeit ist in der Politik keine Kategorie. Natürlich erwarte ich keine großen Festumzüge mit der Parole „Danke Deutschland“. Aber muss man als deutscher Politiker schon froh sein, wenn man nicht beschimpft wird, wenn man hilft? Man muss auch mal sehen, dass in der Eurozone in den vergangenen Jah-

ren offensichtlich die Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Die vier Länder, die mit weitem Abstand die meisten EU-Hilfen bekommen haben – und wir sprechen hier von Finanzhilfen, nicht etwa von Krediten – sind Spanien, Griechenland, Portugal und Irland. Das sind exakt die Länder, die jetzt die größten Probleme haben. Das sehen wir übrigens auch beim innerdeutschen Länderfinanzausgleich. Es ist ja gerade nicht so, dass die permanente Hilfe dazu führt, dass die Nehmer-Länder autark und stark werden.

Die Krisensituation hat die Euro-Skepsis geschürt – nicht nur in Deutschland auch in vielen anderen Ländern.

Kann die Eurozone oder gar die EU am Euro zerbrechen?

Richtig ist, dass der Euro mehr ist als nur eine Währungseinheit. Er ist auch ein politisches Projekt, beschlossen übrigens schon auf dem europäischen Gipfel 1988 in Hannover. Also nicht erst nach der deutschen Wiedervereinigung oder gar als Preis für die deutsche Einheit. Aber im Moment hat der Euro mehr Sprengkraft als Bindewirkung. Das ist so. Mir kann keiner erzählen, dass in den letzten knapp drei Jahren seit dem Ausbruch der Eurokrise die Länder näher zusammengedrückt sind. Im Gegenteil. Auf jeden Fall im Verhältnis Südeuropa zu Nordeuropa entwickelt der Euro eher die Eigenschaften eines Spaltpilzes.

Wird Großbritannien der EU den Rücken kehren?

Nein. Ich glaube, dass die Menschen in Großbritannien mit knapper, aber ausreichender Mehrheit für einen Verbleib in der Europäischen Union stimmen werden. Unter dem Strich sind die Vorteile für das Land größer als die Nachteile. Insbesondere die britische Wirtschaft wird in den nächsten Monaten alles in ihrer Macht stehende tun, um der Bevölkerung zu erläutern, dass und wieso insbesondere der europäische Binnenmarkt für die britische Wirtschaft von großem Interesse ist. Je mehr es auf die Abstimmung über Europa zugeht, desto eher werden sich auch die Befürworter Gehör verschaffen.

Trägt „Brüssel“ eine Mitschuld am schlechten Image der EU?

Ja. Wenn man jetzt in Europa ernsthaft plant, die Beschaffenheit von Duschköpfen vorzuschreiben, damit nicht so viel Wasser verbraucht wird, frage ich mich, ob die Erfinder dieser Idee nicht selber zu heiß geduscht haben. Der Wasserverbrauch hängt ja nicht allein vom Duschkopf ab, sondern auch davon, wie lange jemand unter der Dusche steht. Will die Kommission im nächsten Schritt dann eine Höchstduschkopfzeit vorschreiben? Solange sich die Brüsseler Beamten mit einem solchen Unsinn beschäftigen, darf man sich nicht wundern, wenn viele Leute sagen, dieses Europa brauchen wir nicht – ein Europa, das uns gängelt und jeden Lebensbereich reglementiert. Europa soll nur das regeln, was europäisch geregelt werden muss, und nicht alles, was noch nicht geregelt ist oder was man möglicherweise noch in Paragraphen pressen kann.

Warum ist das eigentlich so? Gibt es zu viele Beamte in der Kommission, die sich beschäftigen müssen?

Der Hauptgrund ist, dass es heute praktisch nichts mehr gibt, was nicht unter dem Begriff Binnenmarkt subsumiert werden kann. Der Binnenmarkt-Begriff ist heute so weit ausgedehnt,

dass die EU immer reklamieren kann: „Dafür sind wir jetzt aber zuständig, denn das ist wichtig für die Vollendung des Binnenmarkts.“ Die Mitgliedsstaaten müssen auch einmal „Halt!“ rufen. Dass für die Bekämpfung des Klimawandels oder des internationalen Terrorismus und bei der Euro-Rettung international zusammengearbeitet werden muss, ist völlig klar. Aber Brüssel soll sich doch nicht mit dem Krümmungsgrad von Gurken, mit Traktorsitzen und Duschköpfen beschäftigen.

Herr Bosbach, es sind noch knapp sechs Monate bis zur Bundestagswahl im September. Wie sieht Ihre Bilanz der schwarz-gelben Regierung aus?

Die Koalition ist wesentlich besser als ihr Ruf. Wenn wir im Sommer 2013 die Schlussbilanz dieser Wahlperiode vorlegen und sie insbesondere mit der Schlussbilanz nach sieben Jahren Rot-Grün vergleichen, wird man schnell feststellen, wie erfolgreich die Bundesregierung gearbeitet hat. Aber ich weiß auch, dass man mit nüchternen Zahlen, Daten und Fakten heute kaum noch einen Wahlkampf bestreiten kann. Längst haben die Emotionen über Fakten gesiegt. Es wird auch in diesem Wahlkampf wieder einen Überbietungswettbewerb an neuen Versprechungen geben. Es gibt keine Dankeschön-Wahlkämpfe, es gibt nur Bitteschön-Wahlkämpfe.

Aber was ist denn nun gut in der Bilanz von Schwarz-Gelb?

Wir hatten seit der Wiedervereinigung nie weniger Arbeitslose als zurzeit. Vor allen Dingen haben wir einen deutlichen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die sozialen Sicherungssysteme waren vor einigen Jahren in einer echten Schieflage. Das galt sowohl für die Renten- als auch für die Krankenversicherung. Heute haben wir ein sattes Polster. Auch bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen haben wir enorme Fortschritte erzielt. Es ist nach wie vor realistisch, in der nächsten Wahlperiode zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das hätten wir auch in dieser Wahlperiode schaffen können, wenn nicht die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 dazwischen gekommen wäre.

Wie steht Deutschland alles in allem da? Geben Sie doch mal eine Schulnote!

Gut – jedenfalls im Verhältnis zu allen anderen Industrienationen, mit denen wir im Wettbewerb stehen. Es ist heute – was ich sehr bedauere – ausgesprochen riskant für einen Politiker, die Lage des Landes als gut zu beschreiben, weil sofort in der nächsten Talkshow jemand präsentiert wird, der ein echtes Problem hat. Und dazu wird dem Politiker sofort mangelnde soziale Sensibilität vorgehalten, da es noch viele Menschen im Land gibt, die auch in einer schwierigen Situation leben. Aber es ist immer noch, bei allen Problemen die wir haben, ein Glück hier geboren zu werden, leben und arbeiten zu können.

Blicken wir nach vorne. Was müssen wir in den nächsten vier Jahren tun, um sehr gut zu werden?

Aufpassen, dass wir nicht den Zusammenhang verlieren zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und unserer sozialen Leistungsfähigkeit. Das ist die größte Sorge, die ich habe, dass wir fast alle politischen Debatten auf die Frage konzentrieren, welche neuen oder höheren Sozialleistungen wir beschließen müssen und dass wir uns kaum noch



Im Rheinland ist immer Karneval (von links): BWGV-Bereichsleiter Dietrich Herold, Wolfgang Bosbach und BWGV-Pressesprecher Thomas Hagenbucher beim Interview in Bergisch Gladbach.

Gedanken darüber machen, wie wir den Wirtschaftsstandort Deutschland so stärken können, dass wir in einem immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb auch erfolgreich sind. Das heißt, nur wenn wir wirklich wirtschaftlich stark sind und bleiben, werden wir dieses dichte Netz an sozialer Sicherheit auf Dauer aufrechterhalten können. Oder – wie Papa früher immer uns Kindern gesagt hat – erst etwas leisten, dann kannst du dir was leisten. Das gilt auch für den Staat. Wir dürfen nicht ständig auf Pump leben und auf Kosten künftiger Generationen, sondern müssen es aus eigener wirtschaftlicher Kraft schaffen.

Wie können wir das erreichen?

Indem wir sinnvolle Struktur- und Industriepolitik machen – auch wenn das nicht immer populär ist. Niemand, der im Grünen wohnt, möchte, dass Schienen und Straßen in seiner Nähe gebaut werden. Niemand möchte, dass in seiner Nähe Gewerbegebiete ausgewiesen werden, niemand möchte in der Nähe einer neuen Stromtrasse wohnen. Nehmen wir mal ein anderes Beispiel: Wenn erst heute, im Jahr 2013, die Eisenbahn erfunden würde, wäre es mit Sicherheit nicht möglich, in Deutschland ein Schienennetz mit Bahnhöfen, Tunnelbauten und Brücken zu installieren. Lassen Sie uns froh sein, dass wir die Eisenbahn schon haben. Ich war 20 Jahre lang im Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Ich könnte mit Ihnen eine Stadtführung machen und Ihnen alles zeigen, gegen was sich einmal Bürgerinitiativen gebildet hatten – unter anderem gegen ein Altenheim und eine Behindertenwerkstatt.

Kann vor dem Hintergrund dieser Verweigerungshaltung die Energiewende noch scheitern?

Bei der Energiewende sind wir zum Erfolg verpflichtet. Aber wir werden erhebliche Widerstände zu überwinden haben. Gerade beim Thema Energiewende denken viele Bürger das, womit der Rheinländer ständig lebt, nämlich mit dem Satz „Et hätt noch immer jot jejeange“. Solange auf Schalldruck das Licht angeht, sagen die Leute: Wir haben doch kein Problem. Sollte es mal einen größeren Blackout geben, möglicherweise sogar mit dramatischen Folgen, dann wird sich auch die Stim-

mung in der Bevölkerung rasch drehen. Übrigens ist die Energiewende auch eine technologische Revolution. Noch keine Industrieration zuvor hat versucht, in dieser kurzen Zeit die Energieversorgung völlig umzustellen. Wenn es ein Land technologisch schaffen kann, dann Deutschland, da habe ich keinen Zweifel. Die Energiewende ist unumkehrbar, ist so beschlossen und so wird es gemacht.

Das Kritische gegenüber Neuerungen – ist das typisch deutsch oder ist das typisch menschlich?

Das ist typisch menschlich. Aber bei uns besonders stark ausgeprägt. Das weiß jeder, der einmal in den USA war. Wenn sie in Amerika ein neues Gerät auf den Tisch stellen, denkt jeder: Kann man damit Geld verdienen? Zeigen sie das Gerät in Deutschland, denkt jeder: Was kann passieren, wenn ich es benutze? Und wo kann ich mich gegen einen Schaden versichern? Wenn ich in Amerika eine Betriebsbesichtigung mache, gehen die mit mir in die Forschungs- und Entwicklungsabteilung, in Deutschland mit ziemlicher Sicherheit ins Hochregallager. Ich weiß nicht warum? Aber voller Stolz ...

... auf die Ordnung.

Genau! Voller Stolz bekomme ich dann ein neues Hochregallager präsentiert, anstatt dass der Chef sagt, wir haben ein Superprodukt in der Pipeline, eine ganz tolle Idee.

Herr Bosbach, am 11. April kommen Sie als Redner zu unserem Verbandstag nach Rust. Was verbinden Sie mit Baden-Württemberg? In der Bundeshauptstadt scheinen zumindest „Schwaben“ nicht sonderlich beliebt zu sein.

Ach ja. Ich muss sagen, wir Deutschen regen uns ja fürchterlich schnell auf. In Kreuzberg gibt es auf einmal einen „Spätzlekrieg“. Solange das unter Verschiedenes läuft, finde ich das in Ordnung. Solange man daraus aber eine politische Debatte macht, die über Tage die Medien beherrscht, meine ich: Wir müssen doch langsam mal da hinkommen, das Wichtige von dem nicht ganz so Wichtigen zu trennen.

Wie finden Sie persönlich Baden-Württemberg?

Sehr, sehr sympathisch ist mir der Satz: „Wir können alles außer Hochdeutsch.“ Das gefällt mir. Mit dieser augenzwinkernden Bemerkung hat Baden-Württemberg viel erreicht. Wenn mich etwas an Baden-Württemberg wirklich beeindruckt, dann ist es die Bodenständigkeit und der Fleiß. Baden-Württemberg ist aus gutem Grunde die Heimat vieler großer, aber vor allem auch mittelständischer Unternehmen, Familienunternehmen, die in ihrer Branche Weltmarktführer sind. Warum? Nicht weil sie die billigsten sind, sondern weil sie die Besten sind und die Innovativsten. Weil sie sich ständig im internationalen Wettbewerb behaupten.

Taugt Baden-Württemberg als Modell für ganz Deutschland – oder gar für Europa?

Ich wäre ja schon froh, wenn es ein Modell für Nordrhein-Westfalen wäre. Eines ist sicher richtig: Von der Wirtschaft in Baden-Württemberg lernen, heißt siegen lernen.

Das Gespräch führten

Dietrich Herold und Thomas Hagenbucher.